ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Simonis, Udo E.

Lecture — Digitized Version

Brauchen wir eine neue Weltwirtschaftsordnung?: Vortrag im Rahmen der Sendereihe "Lebendige Wissenschaft" des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, 1983

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1983) : Brauchen wir eine neue Weltwirtschaftsordnung?: Vortrag im Rahmen der Sendereihe "Lebendige Wissenschaft" des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, 1983, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112273

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft

Brauchen wir eine neue Weltwirtschaftsordnung?

von Udo Ernst Simonis

Vortrag im Rahmen der Sendereihe "Lebendige Wissenschaft"
des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, 1983

IIUG - Potsdamer Strasse 58 - 1000 Berlin (West) 30

"Die neue Weltwirtschaftsordnung
ist keine leere Phrase. Sie ist
ein neues Phänomen -
und die Debatte über Wege und
Maßnahmen zu ihrer Errichtung
hat gerade erst begonnen."

RIO-Bericht an den Club von Rom,
1976.

1. Vorbemerkungen

Die Wirtschaft der Welt ist nicht in Ordnung! Wer würde es wagen, dieser Behauptung zu widersprechen - angesichts von Armut und Elend, von Inflation und Verschuldung, von Krankheit und Unwissenheit in weiten Teilen der Welt. Daß die menschlichen Grundbedürfnisse nicht überall sichergestellt sind, daß mehr als 800 Mio. Menschen in absoluter Armut leben, daß mehr als 1.000 Mio. Menschen nicht ausreichend mit Trinkwasser und mit Wohnraum versorgt sind, daß es über 500 Mio. Analphabeten gibt usw. - solche und ähnliche Feststellungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Welt sind kaum umstritten.

Ganz anders sieht es aus mit der "Einheitlichkeit der Meinungen" wenn nicht über die Tatsachen, sondern über deren Ursachen gesprochen wird - wenn nicht die Unordnung beklagt, sondern die Forderung nach einer neuen Ordnung gestellt wird.

Die These, daß die bisherige Weltwirtschaftsordnung geändert werden müsse, wenn man die wirtschaftlichen Probleme der Welt lösen will, ist allerdings heftig umstritten. Kein Wunder: sie ist verbunden mit der Aussage, daß die bisherige Weltwirtschaftsordnung

- Wohlstand und Armut,
- Überfluß und Hunger,
- Verschwendung und Knappheit

zugleich hervorbringt oder diese Gegensätze zumindest nicht verhindert.

Diese These enthält auch eine Aufforderung zum Handeln, nämlich:
- den Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft zu ändern,
- die Produktionsbedingungen und die Geldbeziehungen neu zu regeln,
- die Produktionsergebnisse anders und besser zu verteilen.

Ordnungen sind nie nur schlecht - aber sie erlauben Privilegien; Produktionsbedingungen belasten nie alle in gleicher Weise, sondern einige besonders, und Produktionsergebnisse werden nie für alle gleich verteilt. Dies alles sind Gründe dafür, daß die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung gestellt wird: Immer wieder gefordert seit etwa einem Jahrzehnt, besonders seit die UN-Konferenz über Rohstoffragen 1974 ihre "Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" abgegeben und seit die 29. UN-Vollversammlung 1974 die "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" verabschiedet hat.

Gedanken zu verbesserten weltwirtschaftlichen Beziehungen sind natürlich auch schon früher geäußert worden als in den beiden genannten Dokumenten. Erinnert sei daran, daß bereits 1964 die erste Welthandelskonferenz (UNCTAD) stattfand - und daran, daß wir uns inzwischen schon in der 3. UN-Entwicklungsdekade befinden.

Es ist noch aus einem anderen Grunde gut, zu Beginn eine Klarstellung zu suchen. Die Frage unseres Themas heißt im wesentlichen, Forderungen der Entwicklungsländer zu behandeln. Gemeint sind dabei vor allem die dokumentierten Forderungen nach einer Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wie sie von den Regierungen der Länder der Dritten Welt, von Gruppen von Entwicklungsländern (z.B. der "Gruppe der 77") oder von den Vereinten Nationen bzw. einigen ihrer Unterorganisationen (vor allem: UNCTAD und UNIDO) im "Nord-Süd-Dialog" vorgebracht worden sind.

Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung werden aber auch eher inoffiziell, von Einzelnen, von international besetzten Kommissionen vorgebracht - und gehen gelegentlich weit über das hinaus, was im Rahmen des "Nord-Süd-Dialogs" bisher behandelt wird. Ich nenne hier nur: den Pearson-Bericht von 1969, den RIO-Bericht von 1976 und den ersten und zweiten Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Bericht) von 1980 und 1983.

Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung können auch das einbeziehen, was bei den beteiligten Akteuren selbst geschehen soll - in den Entwicklungsländern, in den Industrieländern - und nicht nur das, was in den Beziehungen zwischen ihnen geschehen sollte. Eine neue Weltwirtschaftsordnung setzt Änderungen voraus
- in den Entwicklungsländern,
- in den Industrieländern,
- in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern,

so etwa könnte die Grundthese unseres Themas lauten.

Die tatsächlichen Forderungen der Entwicklungsländer, wie sie im Nord-Süd-Dialog aufgestellt worden sind, und wie sie im folgenden auszugsweise diskutiert werden sollen, stimmen mit dieser Grundthese - wie noch zu zeigen ist - aber nur teilweise überein. Und hierin liegt der Grund für mein früh-zeitiges Fazit zum Thema: Die derzeitige Weltwirtschaftsordnung hat keine Zukunft - die bisherigen Forderungen, diese Ordnung zu ändern, werden sich dennoch nicht realisieren lassen!

2. Forderungen der Entwicklungsländer

Zunächst: Die von den Entwicklungsländern erhobenen Forderungen sind sehr vielfältig. Zum Teil lassen sie sich als Weiterentwicklung des allgemeinen Rahmens der weltwirtschaftlichen Beziehungen interpretieren. Dieser ist im wesentlichen marktwirtschaftlich bestimmt, er beruht auf dem Prinzip der Vertragsfreiheit und des Freihandels. Zum Teil laufen sie auf eine deutliche Abkehr von diesem Rahmen hinaus, im Sinne einer stärkeren Lenkung und Umgestaltung. Doch läßt sich sehr wohl sagen, daß

Ausgangspunkt für die Forderungen der Entwicklungsländer die Vorstellung ist, daß für sie wirtschaftliches Wachstum primär eine Frage der positiven Auswirkungen des Außenhandels bzw. des Weltmarktes sei. Diese Sicht, also: verbesserte Außenwirtschaftssituation gleich schnelleres wirtschaftliches Wachstum ist das verbindende Element für Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und zugleich der Grund für die Industrieländer, diese Forderungen abzulehnen.

Anders als bei den entwicklungstheoretischen Positionen, die sich mit den Begriffen "Dissoziation" bzw. Abkoppelung" verbinden, geht es den Regierungen der Entwicklungsländer um die "Integration" in die Weltwirtschaft bzw. die bessere "Assoziation" an die Industrieländer, um an den Vorteilen aus der internationalen Arbeitsteilung gebührend teilzuhaben und das vorhandene Wohlstandsgefälle zugunsten der Entwicklungsländer zu verringern.

Die Kritik der Regierungen der Entwicklungsländer richtet sich in diesem Sinne auch nicht, das sei ausdrücklich betont, gegen die Gesetzmäßigkeiten des Weltmarktes, sondern eher gegen seine Ergebnisse bzw. gegen die Regelverletzungen durch die Industrieländer.

Ausgehend von dem Ziel nach Wirtschaftswachstum strebt die Mehrzahl der Entwicklungsländer an, die weltwirtschaftlichen Ressourcen neu zu verteilen, nicht jedoch Produktionsstrukturen in ihren Ländern grundlegend zu verändern.
(Als Fußnote sei angefügt, daß die Forderungen zumeist in einer typisch westlichen Expertensprache vorgebracht werden: Da ist von Kartellierung, Stabilisierung, Indexierung, Reallokation und Redistribution die Rede, Diskussionspunkte des "Nord-Süd-Dialogs," die auch Gliederungspunkte der folgenden Ausführungen sein könnten).

Ich kann hier nicht alle Forderungen der Entwicklungsländer im einzelnen kommentieren. Vielmehr möchte ich mich auf einige Punkte beschränken, die in der internationalen Diskussion eine

besondere Rolle spielen. Es handelt sich um (1) den massiven Transfer von Ressourcen und besonders die öffentliche Entwicklungshilfe, (2) die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, (3) die Rohstoffpolitik, (4) die Industrialisierung der Entwicklungsländer, (5) Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und (6) den Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer.

(1) Ressourcentransfer und öffentliche Entwicklungshilfe

Alle westlichen Industrieländer haben sich zu Beginn der 60er Jahre dazu bekannt, jährlich 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts in Form staatlicher Kapitalhilfe und technischer Hilfe den Entwicklungsländern als Gesamtheit zu übertragen, bilateral (direkt) oder multilateral (über internationale Organisationen). Die meisten Industrieländer sind in der Praxis - und zum Teil erheblich - hinter diesem Ziel zurückgeblieben.

Meines Erachtens gibt es keinen vernünftigen Grund dafür, daß reiche Industrienationen ein sich selbst auferlegtes Leistungssoll derart eklatant und systematisch verfehlen. Sagt man ja zu der Forderung nach mehr öffentlicher Hilfe, dann muß man den Hahn öffnen, ihn nicht geschlossen halten. Außerdem: Die nach dem Ölpreisanstieg von 1973 ausgelöste Ressourcenübertragung aus den Industrieländern in einige privilegierte Ölländer überstieg den dem 0,7 %-Ziel entsprechenden Umfang erheblich. Dies macht zugleich deutlich, was wohlhabende Industrieländer verkraften können, wenn sie nur wollen oder wenn fehlender Wille durch Druck von außen ersetzt wird.

Analoges gilt für den Anstieg der Rüstungsausgaben: Wenn und solange wie das krasse Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für Verteidigung und für Entwicklungshilfe auf seiten der Industrieländer weiter besteht, ist nicht zu erwarten, daß die Entwicklungsländer ihre Forderung nach massivem Ressourcentransfer stornieren.

Die allgemeine Forderung nach erhöhter Entwicklungshilfe ist inzwischen aufgrund vielfältiger Vorschläge und Empfehlungen regional, sektoral und nach Bedürfniskategorien differenziert worden:

Da die Entwicklungshilfe nach Lage der Dinge für die ganz armen Entwicklungsländer den Charakter von langfristigen Subventionen hat, könnte sie nun zu einer "Weltinnenpolitik" werden, die zunächst und vor allem dafür sorgt, daß die Grundbedürfnisse der Menschen in Bezug auf Ernährung, Wohnung, Gesundheit und Bildung gedeckt werden.

So wie es bei uns ja auf der nationalen Ebene
- Wohngeld und Sozialen Wohnungsbau,
- Krankengeld,
- kostenfreie Grundschulbildung

und ähnliche Subventionen gibt, ließe sich die öffentliche Entwicklungshilfe für die wirklich Bedürftigen ja durchaus als
- internationales Wohngeld,
- internationales Krankengeld,
- internationale Bildungshilfe usw.

konzipieren, auch wenn entsprechende Vorschläge erst ansatzweise vorhanden sind.

Es gibt andere Vorschläge, die in diesem Zusammenhang erwähnenswert sind. Der Brandt-Bericht hat z.B. den Gedanken der "Automatisierung der Ressourcenübertragung" unterbreitet, im Sinne von zu erhebenden Steuern bzw. Abgaben auf:
- den Warenhandel im allgemeinen,
- den Waffenhandel im besonderen,
- den internationalen Tourismus oder
- den Gemeinschaftsbesitz der Welt, insbes. Rohstoffe auf dem Meeresgrund.

Die möglichen Nachteile einiger dieser Vorschläge sind augenfällig. So hieße ja bei einer Waffenhandels-Steuer die Devise:

Je mehr Waffen exportiert werden, um so besser für die Entwicklungsländer (die dann mit diesen Mitteln auch die Waffen kaufen könnten). Ein grundsätzlicher Vorteil dieser Vorschläge wird aber ebenfalls klar: Die öffentliche Entwicklungshilfe käme mit der automatischen Bindung an eine der genannten Kategorien heraus aus dem jährlichen Streit um das Staatsbudget, sie ginge über in einen selbstverständlichen Transfermechanismus. Beim Beispiel einer Abgabe auf den Warenhandel könnte die Devise auch durchaus akzeptabel sein: Wer viel Außenhandel betreibt - und daraus Vorteil zieht - soll auch viel Entwicklungshilfe leisten!

(2) Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer

Man spricht inzwischen zurecht von einer "internationalen Verschuldungskrise". Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer liegt bei ca. 650 Mrd. Dollar oder umgerechnet über 1.500 Mrd. DM. Mehr als 30 Länder sind im Zahlungsrückstand, vier lateinamerikanische Länder halten einen traurigen Rekord: Die gesamte Außenverschuldung von Mexico, Argentinien, Brasilien und Chile beträgt allein etwa 600 Mrd. DM. Diese und andere Länder erreichen theoretische Schuldendienstquoten (Zinsen und Tilgung zu Exporten) von weit mehr als 100 Prozent - theoretisch, weil ihre Handelsbilanz negativ ist und sie nur zahlen können, wenn die fälligen Tilgungen und Zinsen teilweise oder vollständig refinanziert d.h. ständig verlängert und ergänzt werden.

Verschuldung als solche ist ein altes Problem. Neu ist die Dimension, die durch die Ölpreis- aber auch durch die Zinspreissteigerungen der 70er Jahre dramatisch beschleunigt wurde. Nicht ungefährlich ist die Art und Weise, wie die Leistungsbilanz-Defizite und der Rückgang der Währungsreserven ausgeglichen werden: durch sprunghaften Anstieg der Verschuldung bei ausländischen privaten Banken und damit einhergehender Verteuerung des Kredits.

Die Verschuldungslage hat in vielen Entwicklungsländern bedrohliche Ausmaße angenommen, weil nunmehr nicht nur weniger Devisen zur Finanzierung neuer Projekte zur Verfügung sondern auch bestehende Projekte in Gefahr geraten sind: Beschäftigungsverluste, Wachstumsrückgang, Preissteigerungen sind die augenfälligsten ökonomischen Folgen, die von vielfältigen Formen des sozialen Abstiegs und politischer Repression begleitet werden.

Die Forderungen von Seiten der Entwicklungsländer sind deutlich: Schuldenerlaß und Reform des Weltwährungssystems (insbes. des IWF und der Weltbank). Von einzelnen Situationen abgesehen, ist die Forderung nach Schuldenerlaß von den Industrieländern stets abgelehnt worden. Und es scheint ja tatsächlich wenig für einen allgemeinen Schuldenerlaß zu sprechen: Nicht nur, daß kreditwirtschaftliche Lässigkeit im Nachhinein honoriert und das Erfordernis aufgeweicht würde, die eigene Bonität zu erhalten.

Ein schlechter Schuldner verliert seine internationale Kreditwürdigkeit - und diese wiederum kann wichtig sein für einen schnellen Aufbau der Wirtschaft. Obwohl die Forderung nach allgemeinem Schuldenerlaß nicht völlig vom Tisch ist, steht das Thema "strukturelle Anpassung" nunmehr im Vordergrund, neben dem Thema "Konditionen" von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Die Konditionenfrage stellt sich für viele Entwicklungsländer bestenfalls als Gängelei, schlimmerenfalls als Knebelung in Bezug auf die eigene Entscheidungsautonomie dar.

Es ist in der Tat problematisch, von einer Regierung eines Entwicklungslandes z.B. eine Anhebung der Preise bei Gütern des Grundbedarfs zu fordern, wenn der entwicklungspolitische Rat "Grundbedürfnis-Strategie" lautet - und wenn die Regierung eben diesem Rat folgt.

Differenziert werden muß auch zwischen Verschuldung aus Not und Verschuldung aus Prestige und Schlamperei. Jeder von uns kennt Beispiele dieser Art aus seinem eigenen Erfahrungsbereich. Menschen aus Entwicklungsländern sind da nicht grundsätzlich leichtsinnig, doch sie sind vergleichweise ungeschützt und ungesichert. Und ferner: spätestens seit Keynes' Theorie der unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wissen wir, daß die individuelle Weisheit unserer Großeltern - schuldenfrei zu leben - sich wirtschaftspolitisch auch katastrophal auswirken könnte. Wenn also die Forderung nach Schuldenerlaß nationalwirtschaftlich keine Unterstützung findet, so kann sie doch weltwirtschaftlich, zur Stabilisierung des Weltwährungssystems, ganz oder teilweise notwendig werden.

(3) Rohstoffpolitik

Für viele Entwicklungsländer stellen Rohstoffe die wichtigste Quelle ihrer Deviseneinnahmen dar. Die Rohstoffpreise aber sind häufig starken Schwankungen ausgesetzt, die sich auch in Erlösschwankungen niederschlagen. Die Folge ist, daß die Importkapazität stärker schwankt als mit der Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung vereinbar ist. Projekte werden aus Zahlungsbilanzgründen abgebrochen, es wird weniger investiert als nötig und erwünscht wäre. Entwicklungspolitisch erscheint es daher angezeigt, in jedem Falle eine Verminderung der Erlösschwankungen zu erreichen.

Das "Rohstoffprogramm" hat in den letzten Jahren einen ganz erheblichen Teil der Reformkapazität des "Nord-Süd-Dialoges" in Anspruch genommen - und damit sicherlich auch manch andere Entscheidung zugunsten der Entwicklungsländer blockiert. Außerdem ist die Meinung über den Erfolg des Programms sehr geteilt...

Ohne daß ich die entsprechende Pro- und Contra-Argumente hier ausbreiten kann, sei ein Fazit gestattet: Daß die Industrieländer - und vorneweg die Bundesrepublik - so lange gezögert haben, diesen Vorschlag auf den Weg zu bringen, ist insofern nicht verständlich, als ihren Regierungen und ihrer Bevölkerung an stabilisierten, d.h. nicht fluktuierenden Rohstoffpreisen eigentlich gelegen sein müßte. Erklärlich wird die harte Haltung vielleicht aufgrund der Befürchtung, das Rohstoffprogramm könne als Kartell wirken, d.h. zu höheren Preisen führen. Selbst wenn diese Befürchtung berechtigt wäre - was aber zu bezweifeln ist - wären die Konsequenzen für die Industrieländer nicht notwendigerweise schlecht: ein sparsamerer Umgang mit knappen Rohstoffen ist umwelt- und ressourcenpolitisch das Gebot der Zeit. Während der langen Diskussion um das Rohstoffprogramm stand die OPEC als "lästiger Verwandter" in der Türe. Wie stellt sich heute die Situation dar?

a) Das Produzentenkartell der OPEC ist ohne Nachfolge geblieben und inzwischen mehr oder weniger zusammengebrochen. Nicht einmal die CIPEC, die vier kupferexportierenden Länder (Zaire, Zambia, Chile, Peru), für die man in Bezug auf Produkt und Marktbedingungen Kartellfähigkeit vermuten kann, hat sich etablieren können, sie ist vielmehr ebenfalls in die "Schuldenfalle" geraten. Dies sind Anzeichen dafür, daß rohstoffexportierende Länder die Weltwirtschaft mittels Kartellen nicht dominieren können.

b) Die Entwicklungsländer haben auch die Indexierung, im Sinne der Bindung der Rohstoffpreise an die der Industriegüterpreise nicht durchsetzen können. Die nicht kontrollierbare Steigerung der importierten Industriegüterpreise lieferte zugleich ein Argument für Importsubstitution in den Entwicklungsländern, d.h. für die relative Drosselung der Exportchancen der Industrieländer.

Ein Fazit: Ein Kernpunkt der Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung lag und liegt im Rohstoffbereich. Nur Güter, die man hat, lassen sich auf dem "internationalen Basar" von Macht und Einfluß handeln. Die Entwicklungsländer besitzen Rohstoffe, aber haben sie Macht?

Zweifel sind angebracht, einige wurden genannt. Weitere Argumente sprechen dafür, daß die Entwicklungsländer über eine aktive Rohstoffpolitik die Veränderung der Weltwirtschaftsordnung zu ihren Gunsten nicht ohne weiteres bewirken können:
a. Steigende Rohstoffpreise machen die Entwicklungsländer zu "Rentiers"; die Rohstoffproduktion wird relativ zu lohnend, der Anreiz, die Wirtschaftsstruktur zu differenzieren, entfällt.

b. Steigende Rohstoffpreise führen in den Industrieländern zu Substitutionsprozessen, wodurch das Rentier-Verhalten wiederum die Basis verliert.

Es ist hier an dieser Stelle nicht möglich, diese Argumente näher zu prüfen. Doch sei auf die jüngsten Entwicklungen am Rohölmarkt und auf den relativen Bedeutungsverlust der OPEC hingewiesen.

(4) Industrialisierung der Entwicklungsländer

Die rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer - so sagen Kritiker - stellen ein Kurieren an Symptomen der Unterentwicklung, keine Ursachentherapie dar. Diese Therapie erfordere horizontale und vertikale Erweiterung der Produktionsstrukturen, letztlich also Industrialisierung.

In der Deklaration von Lima aus dem Jahre 1975 hatten die Entwicklungsländer ihren Willen bekundet, den Industrialisierungsprozeß kräftig zu beschleunigen und bis zum Ende dieses Jahrhunderts ihren Anteil an der Welt-Industrieproduktion von 7 auf 25 % zu erhöhen. Es ist fraglich, ob die Entwicklungsländer dieses Ziel erreichen können; interne und externe Faktoven sprechen dagegen. Praktisch wird der Weg in diese Richtung jedoch zwei wichtige Konsequenzen haben:

erstens: die Entwicklungsländer werden zunehmend Nachfrager nach ihren eigenen Rohstoffen, der Wettbewerb zwischen den jetzigen Industrieländern und den jetzigen Entwicklungsländern um Rohstoffe wird sich also verstärken;

zweitens: die Zunahme der Industrieproduktion der Entwicklungsländer bedeutet tendenziell Konkurrenz für die bisherigen Industrieländer, erfordert Anpassung und Flexibilität in deren Produktionsstrukturen.

Je nach Einschätzung der Bedeutsamkeit dieser Entwicklungstendenzen verdüstern oder verbessern sich die Aussichten für die Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer derzeitigen Forderungen bei den Industrieländern Konzessionsbereitschaft zu finden.

(5) Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Eine beschleunigte Industrialisierung in den Entwicklungsländern erfordert den Einsatz von Kapital, organisatorischem und technischem know-how. Wenn und in dem Maße wie diese Faktoren in den Entwicklungsländern nicht ausreichend vorhanden sind oder sich mobilisieren lassen, entstehen bzw. verschärfen sich mehrere potentielle Konfliktbereiche im Nord-Süd-Verhältnis:
- Ausländische Direktinvestitionen haben ein Janus-Gesicht: sie bieten ein Industrialisierungspotential, sie bieten u.U. aber auch die Gefahr einer fortdauernden "Abhängigkeit mit anderen Mitteln";
- Technologietransfer mag erforderlich sein; er ist aber vielfach nicht angepaßt an Entwicklungsstand und Bedürfnisstrukturen der Entwicklungsländer.

Die Diskussion um Pro und Contra von Direktinvestitionen hat Nord und Süd, Industrieländer und Entwicklungsländer zu teilweise gegensätzlichen Grundsatzpositionen geführt.

Einerseits gibt es die Forderungen nach:
- Kontrolle multinationaler Konzerne;
- freiem Zugang zu den Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung, dem "gemeinsamen Erbe";
- Enteignungsmöglichkeit nach nationalem Recht, usw.

Andrerseits gibt es die Forderungen nach:
- Investitionsschutzabkommen;
- Kapitalanlagegarantien;
- Gewinntransfer;
- Freihandelszonen, usw.

Wie in keinem anderen Bereich der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung wird hier deutlich, daß der "Nord-Süd-Dialog" - angesichts unterschiedlicher Interessenlagen - open-ended sein dürfte: ohne absehbares Ende ...

(6) Zugang zu den Märkten der Industrieländer

Die Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat noch überwiegend komplementären Charakter, d.h. die Entwicklungsländer bieten im wesentlichen Rohstoffe an, die Industrieländer aber gewerbliche Halb- und Fertigwaren. Eine solche Arbeitsteilung ist nur für die Seite mit der stärkeren Marktstellung von Vorteil. Das haben viele Entwicklungsländer als Anbieter von Rohstoffen erfahren müssen, wie in letzter Zeit auch viele Industrieländer als Nachfrager von Erdöl. An ihre Stelle muß daher eine substitutive Arbeitsteilung treten, eine Arbeitsteilung, bei der sich die Produktionsstrukturen einander annähern, einseitige Abhängigkeiten durch gemeinsame Interessen ersetzt werden.

Ein solcher weltwirtschaftlicher Strukturwandel kann auf dreierlei Weise vor sich gehen, durch:
- Produktinnovation,
- Prozeßinnovation und
- Standortinnovation.

Doch gibt es auch eine grundsätzliche Alternative zu diesem weltwirtschaftlichen Strukturwandel, den Protektionismus, d.h. die Verteidigung traditioneller Produkte, Produktionsverfahren und Standorte.

Die Entwicklungsländer beklagen den zunehmenden Protektionismus der etablierten Industrieländer. Der allgemeine und bekannte

Protektionismus im Agrarbereich (siehe Europäische Gemeinschaft) schlage um und werde mehr und mehr ergänzt durch selektiven Protektionismus im Industriebereich: Protektionismus in Bezug auf einzelne Produkte und gegen einzelne erfolgreiche neue Industrieländer.

Protektionismus in den alten Industrieländern macht sich in teils offener, teils subtiler Weise breit: Verlagerung von "Einfuhrhäfen" ins Binnenland (siehe Fall Poitiers), erfindungsreiche Argumentation um "sensible Produkte" (siehe den Fall Japan, Hong Kong, usw.).

Hier - in der Frage der Offenhaltung der Märkte - treffen sich die Forderungen der Entwicklungsländer mit den Prinzipien des wirtschaftlichen Erfolges, der die Industrieländer zu den Wohlhabenden in der Welt gemacht hat. Oder symbolhaft ausgedrückt: "Die Eltern müssen lernen, daß einige ihrer Kinder inzwischen erwachsen sind". So wie Eltern dadurch lernen, daß Kinder Ansprüche stellen und Bewegungsraum für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit benötigen, so könnte den Industrieländern in Bezug auf die Forderungen der Entwicklungsländer dadurch geholfen sein, daß sie ihre "Nullsummen-Mentalität" überwinden: Wirtschaftliche Entwicklung muß kein Spiel sein, bei dem der eine gewinnt und der andere verliert, sie kann ein "Positiv-Summen-Spiel" werden, bei dem alle gewinnen, die einen mehr, die anderen weniger...!

3. "Den Korb vergrößern" - oder was nicht im Nord-Süd-Dialog gefordert wird

Ich hatte die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung in verschiedene Teilpakete sortiert. Sie alle betreffen die ökonomischen Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Ich hatte angedeutet, daß dies eine verkürzte Diskussion sei, die auch zu einem logischen Kurz-Schluß führen kann: daß eine wie auch immer definierte, aus Änderungen in diesen Bereichen entstehende

"Neue Weltwirtschaftsordnung" eine hinreichende Bedingung für die Lösung der ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer und der Weltwirtschaft insgesamt sei. Nun: Sie mag bestenfalls eine notwendige Bedingung hierfür sein. Das will heißen: Manche der als erforderlich erscheinenden Bedingungs-Komponenten sind in den Forderungen der Entwicklungsländer nicht oder nur ansatzweise enthalten:

- Bedingungen, die in den Entwicklungsländer selbst liegen (von notwendigen Agrarreformen bis zur Bevölkerungspolitik, der Eindämmung der rapiden Verstädterung, usw.)
- Bedingungen, die in den Industrieländern liegen (von der Anpassung der Produktionsstrukturen an ein ressourcen- und umweltschonenderes Verhalten bis zur Rüstungskontrolle, die enorme Mittel für Entwicklungshilfe freisetzen würde).

Eine umfassende und systematische Betrachtung dieser internen Bedingungen einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist hier an dieser Stelle nicht möglich; sie findet sich in den eingangs genannten Berichten, auf die ich hier noch einmal hinweisen möchte:

- Pearson-Bericht, 1969,
- RIO-Bericht, 1976,
- die Berichte der Nord-Süd-Kommission, 1980 und 1983.

Der Hinweis auf diese Berichte mag auch noch aus einem anderen Grunde gerechtfertigt sein: Immerhin haben an den ersten beiden zwei Nobelpreisträger der Ökonomie mitgewirkt (Lewis, Tinbergen); der dritte ist von einem Friedensnobelpreisträger (Brandt) koordiniert worden - und stellt den Ökonomen jetzt ernsthafte Denkaufgaben.

4. Ausblick: Sich anbahnende neue Widersprüche

In der Vergangenheit sind die Forderungen der Entwicklungsländer mit einem erstaunlichen Maß an Einheitlichkeit, mit Selbstbewußtsein und mit dem Anspruch auf globale Durchsetzung vorgetrag worden. Doch der Differenzierungsprozeß zwischen den Entwicklung ländern verstärkt sich, die Einheitlichkeit der "Dritten Welt" scheint zu zerbrechen. Die vielfältigen Versuche der Typologisierung jener Länder sind Ausdruck dieser Tendenz: Man unterteil

in Schwellenländer, OPEC-Länder, Öl- und Nicht-Öl-Entwicklungsländer, Ärmste Länder, usw. Die bisherige Gemeinsamkeit, die allgemeine Abhängigkeit von den Industrieländern, gewinnt mit der quantitativen Verschiedenheit der Entwicklungsländer andere Qualität - und reicht daher möglicherweise nicht mehr lange aus, zu einer theoretisch fundierten Begründung der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu gelangen.

Und ein weiteres: Während die internen Produktionsstrukturen und die notwendige Änderung der innergesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend vernachlässigt werden, werden von den Entwicklungsländern außenwirtschaftliche Forderungen erhoben, die aus der Sicht der Industrieländer ein nicht akzeptables Maximalprogramm ergeben. Bei der Diskussion der Teilprobleme brechen dagegen sehr schnell die unterschiedlichen Interessen der Entwicklungsländer auf - ein Umstand, den die Industrieländer ausnutzen oder herbeiführen werden. Daher ist nicht auszuschliessen, daß die zunehmende Differenzierung zwischen den Entwicklungsländern sie zu immer neuen Forderungen an die Industrieländer zwingt, die diese wiederum in den folgenden Verhandlungen gegeneinander ausspielen und damit immer leichter ablehnen können.

5. Ein Schlußgedanke

Der Begriff "Neue Weltwirtschaftsordnung" kann immer wieder neu und immer wieder anders verstanden und politisch verwendet werden. Selbst wenn also kein Zweifel bliebe an der Notwendigkeit und an der Möglichkeit, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten, so mag diese dann doch anders aussehen, als die derzeit diskutierten Forderungen und die hier präsentierten Vorstellungen dies erwarten lassen.

Ausgewählte Literatur zum Thema

Bundesrepublik und Neue Weltwirtschaftsordnung, diskurs, Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft, Nr. 3, Bremen 1980.

Common Crisis, North-South: Cooperation for World Recovery, Independent Commission on International Development Issues, London 1983; deutsch: Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Reinbek bei Hamburg 1983 (Brandt-Bericht II).

Commonwealth Secretariat: Protectionism. Threat to International Order - The Impact on Developing Countries, London 1982.

FAO: Agriculture Toward 2000, Rome 1981.

Jonas,R., M.Tietzel(Hg.): Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976.

North-South. A Program for Survival, Independent Commission on International Development Issues, New York, London 1980; deutsch: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980, sowie: Das Überleben sichern. Der Brandt-Report, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Berlin 1982 (Brandt-Bericht I).

Partners in Development. Report of the Commission on International Development, New York etc. 1969 (Pearson-Bericht).

Senghaas, D.: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt a.M. 1977.

Simonis, U.E.: Die entwicklungspolitischen Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission. Eine kritische Analyse zum Brandt-Bericht, in: Zeitschrift für Ganzheitsforschung, N.F., 24. Jg., Nr.3, Wien 1980.

Simonis, U.E.(Hg.): Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 129, Berlin 1983.

The Brandt Commission Papers, Selected Background Papers Prepared for the Independent Commission on International Development Issues 1978-1979, Geneva, The Hague 1981.

Tinbergen, J., A.J. Dolman, J.v.Ettinger et.al.: Reshaping the International Order. A Report to the Club of Rome, New York 1976 (RIO-Bericht).

Tumlir, J.: International Economic Order. Can the Trend be Reversed? in: The World Economy, Vol. 5, No. 1, The Hague 1982.

UNCTAD: Trade and Development Report 1982, Geneva 1982.

UNIDO: Industry 2000, New Perspectives, Vienna, New York 1979.

World Bank: World Development Report 1982, Washington D.C. 1982.